

ProSud und die Kayler „Dissidenten“

Politik machen, keine Buchhalter-Gebärden!

In der gestrigen Sitzung des Gemeindesyndikats ProSud stand u.a. der bereits eingeläutete Austritt der Gemeinde Kayl auf der Tagesordnung, den die Räte aus Kayl/Tetingen vor Monaten beschlossen hatten. Die Versammlung von elf Südgemeinden hat nun vorgeschlagen, weitere Diskussionen mit den „Dissidenten“ zu führen und diesen Punkt „en suspens“ zu halten.

ESCH - Die Zusammensetzung des Syndikatsvorstandes hat sich durch die politischen Ereignisse und die Bildung einer neuen Regierung verändert. Nicht mehr vertreten sind die zu Ministerehren gekommenen Lydia Mutsch, Claude Meisch und Dan Kersch, sowie der Düdelinger Bürgermeister Alex Bodry, der sich aus freien Stücken aus seiner Funktion in diesem Syndikat zurückgezogen hat. Als Nachfolger von Lydia Mutsch wurde der Düdelinger Schöffe Dan Biancalana, einziger Kandidat, einstimmig gewählt. Catia Gonçalves, Vertreterin der Petinger Gemeinde, wurde ebenso einstimmig ins Büro des Syndikats aufgenommen.

Mit Spannung hatte man auf Punkt drei der Tagesordnung gewartet, bei dem über den Austrittsantrag der Gemeinde Kayl aus dem Syndikat befinden werden sollte. Carlo Birchen, Vertreter der Kayl/Tetingen Gemeinde, fasste in kurzen Wochen die Gründe zusammen, die

die „Dissidenten“ bewogen hatten, ProSud die Gefolgschaft zu kündigen. Allgemein betrachtet sehen die Kayl/Tetingen den effektiven Nutzen an der Syndikatsbeteiligung nicht mehr ein. Neben der allgemeinen Unzufriedenheit über das Funktionieren des Syndikats gab es bekanntlich eine große Empörung über die ominöse klerikal-obskure Präsentation der „Barbara“-Broschüre, die gegen den Willen der Kayler Gemeinde in den Schulen verteilt werden sollte. Ein Vorhaben, das glücklicherweise im letzten Moment gestoppt wurde.

Weitere Beratungen mit den „Dissidenten“

Die Kayl/Tetingen hatten nach einem Vorstoß der CSV-Fraktion im Gemeinderat ihren Unmut öffentlich kundgetan und um eine Unterredung mit dem ProSud-Büro um Präsidentin Lydia Mutsch gebeten. Eine erste Kontaktnahme, so Birchen, war in Anwesenheit der Escher Bürgermeisterin mit fadenscheinigen Argumenten abgeschmettert worden, eine weitere Diskussion sollte, trotz Kayler Vorschlägen, überhaupt nicht stattfinden. Die Prozedur für einen Austritt wurde eingereicht und ist denkbar einfach: alle elf Gemeinderäte müssten jetzt über den Antrag der Kayler befinden. Zwei Drittel müssten diesen Austritt ratifizieren,

damit er eine gesetzliche Basis erhält.

Dan Biancalana, eben erst zum neuen Syndikatspräsidenten gewählt, schlug dann einen Kompromiss vor, laut dem ein weiteres Mal mit den Kayler Ädilen über eine weitere Mitgliedschaft beraten werden soll, bevor man sich zu einer definitiven Entscheidung durchringen will. Die Initiative, so Carlo Birchen, liege jetzt beim ProSud-Büro, er Birchen, wolle seine Kollegen darüber informieren. Die beiden CSV-Bürgermeister Michel Wolter (Käerjeng) und Frank Zeimet (Bettemburg) verließen nach diesem Kompromiss fluchtartig den Saal, obschon Zeimet den Pressevertretern zuflüsterte, diese Flucht sei keineswegs eine Protestkundgebung. Dabei ist bekannt, dass Wolter und Zeimet seit einiger Zeit mehr oder weniger öffentlich mit dem Gedanken flirten, dem „roten“ Syndikat die Gefolgschaft zu kündigen.

Danach bewegte sich die Versammlung, oberflächlich betrachtet, in ruhigeren Gewässern. Wenn man das gesamte Programm von ProSud für 2014 etwas näher betrachtet, muss man allerdings zu der Schlussfolgerung gelangen, dass sich nichts Wesentliches an der Ausrichtung geändert hat.

Trotz zunehmender Kritiken aus den einzelnen Gemeinden und trotz Lehren, die man aus der „Barbara“-Affäre ziehen müsste. Das gesamte Programm ist eine Auflistung verschiedener

Punkte, die in dieser Form und in ihrem Inhalt am Wesentlichen vorbeiführen. Eine Anhäufung von Forderungen und Wünschen, die weder zeitlich noch politisch in absehbarer Zeit zu verwirklichen sind und an die skurrilen Beschäftigungstherapien für EU-Beamte erinnern, die wenig Nährwert für Otto Normalverbraucher und die Gemeinden haben. Wie z.B. der „nachhaltige“, gemeinsame Einkauf von Recycle-Papier zu niedrigerem Preis für die Gemeindeverwaltungen.

Der Sanemer Bürgermeister Georges Engel und sein Schifflinger Kollege Roland Schreiner brachten es in dieser Diskussion auf den Punkt. Es handele sich bei den zahlreichen Problemen nicht um eine buchhalterische Lösung, sondern um ein politisches Herangehen.

Das betreffe, wie Engel betonte, z.B. die ungerechte Verteilung der Gewerbesteuer für die Südgemeinden, bei der die Einwohner aus dem Süden viel schlechter wegkommen als beispielsweise diejenigen aus der Stadt Luxemburg und aus dem „Speck“-Gürtel eben dieser Hauptstadt. Ein gemeinsames Vorgehen der Südgemeinden in dieser Frage könnte eine Signalwirkung haben. Rümelingens Bürgermeister Henri Haine spannt diesen Faden noch weiter und regte an, im Rahmen des programmierten neuen Abfallgesetzes, das den Bürgern unter dem Vorwand der Kostendeckung höhere Steuern bescheren

soll, eine gemeinsame Stellungnahme der Südgemeinden auszuarbeiten.

Die Monnericher Vertreterin Danielle Becker räumte ein, man solle im Rahmen dieses Syndikates einen permanenten Austausch zwischen den Gemeinden pflegen und vor allem die positiven Erfahrungen austauschen, z.B. wie in ihrer Gemeinde bereits eingeläutet, das Programm für die Erschließung neuer Wohnungen für sozial schwache junge Familien. FH

Das neue ProSud-Büro:

Dan Biancalana (Düdelingen), Catia Gonçalves (Petingen), Henri Haine (Rümelingen) und Georges Engel (Sanem). Anstelle von Dan Kersch übernimmt Danielle Becker für die Gemeinde Monnerich, Erny Muller anstelle von Claude Meisch und Henri Hinterscheid für Lydia Mutsch (Esch). Das Amt des Vizepräsidenten wird bürointern bei der nächsten Sitzung festgelegt. Vertreter bei Agora wird Henri Hinterscheid (Esch).